

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 2003

Abgeschlossen am 2. Oktober 2003 • E-Mail Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die Volksabstimmungen über den EU-Beitritt ergeben in allen Beitrittskandidatenländern eine Zustimmung der Bevölkerung zu diesem Schritt. In Schweden wird die Einführung des Euro in einer neuerlichen Abstimmung abgelehnt. Deutschland setzt Teile des Reformprogramms "Agenda 2010" um.

10.-14. September: In Cancun findet die 5. Ministerkonferenz der [WTO](#) über die Doha-Agenda statt. Da das Treffen ohne gemeinsame Schlussdeklaration endet, gelten die Verhandlungen über die Erstellung von globalen Investitionsrichtlinien sowie über die Agrarliberalisierung als vorerst gescheitert. Es ist fraglich, ob die Verhandlungsrunde wie vorgesehen bis 2005 abgeschlossen werden kann.

14. September: In Schweden stimmen 56,1% der Wahlberechtigten gegen die Einführung des Euro als Währung. Die Wahlbeteiligung liegt über 80%. Wenige Tage vor der Abstimmung wurde die Außenministerin und Befürworterin der Euro-Einführung Anna Lindh ermordet.

Anlässlich des EU-Referendums in Estland stimmen 66,9% der Stimmberechtigten für einen Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union (Wahlbeteiligung 64%).

20. September: Das Referendum in Lettland über den Beitritt zur Europäischen Union ergibt eine Zustimmung von 67% bei einer Wahlbeteiligung von 73%.

24. September: Die OPEC senkt die Rohölfördermengen. Ab 1. November soll die Fördermenge 24,5 Mio. Barrel betragen.

26. September: Im Zuge der Umsetzung der Agenda 2010 verabschiedet der Deutsche Bundestag ein Gesetz zur Gesundheitsreform. Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung müssen ab 2005 die Prämie für den Zahnersatz (rund 6 € monatlich) und ab 2006 für die Pflegeversicherung (0,5%) selbst tragen. Selbstbehalte sind für den Arztbesuch (10 € pro Quartal) sowie für medizinische Leistungen vorgesehen (10% des Preises, mindestens 5 € und höchstens 10 €). Ziel der Reform ist, die Krankenkassen bis 2007 um jährlich 23 Mrd. € zu entlasten sowie die Arbeitgeberbeiträge um 6 Prozentpunkte zu senken.

Die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld wird von 32 auf 12 Monate bzw. für über 54-Jährige auf 18 Monate verkürzt. Eine Modifikation des Kündigungsschutzes soll vor allem Kleinbetrieben zu größerer Flexibilität verhelfen.

Knapp vor den oberösterreichischen Landtagswahlen verkauft die ÖIAG ihre Anteile an der VOEST. 2006 wird über den Verkauf der verbleibenden 15% in Form von Umtauschanleihen entschieden. Ein Konjunkturpaket und eine Steuerreform werden vorbereitet.

Ausland

WTO

Euro-Abstimmung Schweden

EU-Erweiterung Estland

EU-Erweiterung Lettland

OPEC

Agenda 2010

Österreich

VOEST-Privatisierung

19. September: Gemäß dem Privatisierungsauftrag der Bundesregierung verkauft die ÖIAG 19,7% der Anteile an der VOEST-Alpine in Form von Aktien. Die neue Eigentümerstruktur setzt sich wie folgt zusammen: Streubesitz 74,6%, davon 39% in österreichischer Hand, ÖIAG 15%, Mitarbeiterbeteiligung 10,4%. Die ÖIAG wird die verbleibenden 15% in Form einer Umtauschanleihe abgeben, die 2006 in VOEST-Aktien umgewandelt werden soll.